

Erfahrungen mit den militärischen Interventionen im 21. Jahrhundert am Beispiel Afghanistan

(Otmar Steinbicker am 22.3.2019 in Bad Salzuflen)

Im Mai 2007 führte ich während einer Zufallsbegegnung im ICE Berlin-Köln ein längeres Gespräch mit General a.D. Friedrich Riechmann. Riechmann war seit 1996 Kommandeur in deutschen Auslandseinsätzen. 2001 übernahm er das neu aufgestellte Einsatzführungskommando der Bundeswehr, welches das Oberkommando für alle deutschen Auslandseinsätze werden sollte. 2004 wurde er pensioniert.

Riechmann sagte mir über den Afghanistan-Einsatz, dass dieser aus seiner Sicht bereits im Dezember 2001 gescheitert war, nachdem man Bin Laden in der Schlacht um Tora Bora nicht fassen konnte. Hätte man ihn gefasst, hätte man als Sieger Afghanistan verlassen können, doch so saß man in einem Land fest, das man nicht kannte und nicht verstand. Wir sprachen auch über andere Auslandseinsätze und die jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen militärischer Handlungsmöglichkeiten. Als ich ihn abschließend fragte, ob Militär Frieden schaffen könnte, antwortete er: „Nein, Militär kann keinen Frieden schaffen, Militär kann nur Zeit gewinnen, damit Politiker Frieden schaffen können“. Diese Zeit habe man in Afghanistan geschaffen, die Politiker hätten sie aber nicht genutzt.

Im Januar 2009 traf ich bei einem Empfang in Aachen General Egon Ramms, damals Oberbefehlshaber der ISAF-Truppen in Afghanistan. Er sagte unter sechs Augen, ihm sei klar, „dass wir abziehen müssen. Noch ein halbes Jahr ausbilden und dann raus!“ Am 23. September 2009 besuchte ich gemeinsam mit dem afghanischen Stammesführer Naqibullah Shorish, einem Repräsentanten der afghanischen Friedensbewegung, der Kontakte zu den Taliban hat, General Ramms in seinem Büro im Allied Joint Force Command im niederländischen Brunssum. Wir schlugen Ramms einen Waffenstillstand für die Provinz Kundus vor. Ramms war sofort mit diesem Vorschlag einverstanden, konnte sich damit aber weder innerhalb der NATO noch gegenüber der Bundesregierung durchsetzen.

General Ramms eröffnete anschließend einen Gesprächskanal über das Büro des britischen Generals Graeme Lamb im ISAF-Hauptquartier in Kabul. Lamb erklärte im ersten Gespräch mit Shorish, die britische Armee habe bisher noch jeden Krieg in Afghanistan verloren, sie werde auch diesen verlieren. Er unterstütze den von uns vorgeschlagenen Waffenstillstand.

Im Juli und August 2010 kam es in diesem Zusammenhang zu zwei Treffen zwischen deutschen, britischen und US-Offizieren aus dem Büro von General Lamb auf der einen und hohen Talibanführern, darunter den Talibankommandeuren von Kabul und Jalalabad und einem Sondergesandten von Mullah Omar auf der anderen Seite, sowie Shorish als Vermittler. Das Treffen fand in Camp Warehouse statt. Beide Seiten einigten sich erstaunlich schnell über zentrale Fragen einer politischen Übergangslösung für Afghanistan.

Ende September 2010 wurde General Ramms pensioniert. Sein Nachfolger General Wolf-Dieter Langheld brach sofort den Gesprächskanal ab. Am 31. Oktober 2010 führte die Bundeswehr in Afghanistan mit der Operation Halmazag die erste deutsche Offensive seit dem Zweiten Weltkrieg.

Auf der diplomatischen Ebene wurden Naqibullah Shorish und ich im März 2010 vom damaligen Sonderbeauftragten des Auswärtigen Amtes, Bernd Mützelburg empfangen. Seine Position lautete: „Ich will sofortige Verhandlungen mit den Taliban, danach sollen sie einen Vertrag unterschreiben, der auch die Anerkennung der Menschenrechte und auch speziell der Frauenrechte beinhaltet. Und danach: nichts wie raus“.

Als die Taliban Shorish fragten, was sie unterschreiben müssten, damit die ausländischen

Truppen abziehen, schlugen wir ihnen vor, von sich aus eine 11-Punkte-Erklärung abzugeben, die solche von Mützelburg gewünschten Inhalte enthielt. Darin hieß es:

„11. Die Rechte der Frauen werden getreu den afghanischen Traditionen gewährleistet. Dazu gehört das Recht der Frauen auf Teilnahme am politischen Willensbildungsprozess. Das bereits vor langer Zeit eingeführte Frauenwahlrecht bleibt bestehen. Das Recht der Frauen auf Bildung und Berufsausübung wird garantiert.“ Die Taliban akzeptierten diese Punkte. 2011 bestätigte uns das AA, dass es Mädchenschulen in Talibangebieten gäbe.

2015 diskutierten Talibanvertreter auf einer Pugwash-Konferenz in Doja. Darüber schrieb der afghanische Journalist Nazar Mohammad Mutmaeen: „Meanwhile, they discussed women rights and girls' education and said that women have right to receive education, do work and participate in activities considering Islamic principles and Afghan culture.“

Fazit:

General Riechmann hat Recht: Militär kann keinen Frieden schaffen! Der konkrete Konflikt in Afghanistan ist äußerst komplex und hat eine lange Geschichte. Er kann nur politisch gelöst werden.

Eine tragfähige Friedenslösung muss die Interessen der unterschiedlichen am Konflikt beteiligten Bevölkerungsgruppen berücksichtigen und ebenso die unterschiedlichen kulturellen Traditionen. Eine auf ihre Geschichte stolze Nation wie Afghanistan, lässt sich nicht einfach per „nation building“ Modelle westlicher Staaten überstülpen.

Eine Friedenslösung benötigt eine sensible zivile Konfliktbearbeitung, die sich auch in den traditionellen kulturellen Formen der zivilen Konfliktbearbeitung vor Ort auskennt. Das ist bereits für Diplomatie oder zivile Entwicklungshilfe ohne militärische Gewalt kompliziert.

Militäreinsätze sind für eine Lösungssuche grundsätzlich ungeeignet. Sie sind bestenfalls darauf gerichtet, eine vorgegebene „Lösung“ mit militärischer Gewalt zu erzwingen. Wenn diese „Lösung“ aber politisch nicht tragfähig ist, dann ist sie auch militärisch nicht zu erzwingen.

Militäreinsätze wie in Afghanistan sind erfahrungsgemäß aber auch nicht von einer politischen Suche nach Friedenslösungen für das konkrete Land oder die konkrete Region bestimmt, sondern spiegeln vor allem eigene strategische Interessen einzelner Länder oder Staatengruppen wieder. Da geht es vor allem um militärstrategisch-geostrategische Aspekte, um Bodenschätze, aber auch um Kriegsschauplätze für die Erprobung neuer Waffentechnologien, die dann gegebenenfalls auch mit Hinweis auf solche Erfahrungen für den Rüstungsexport angeboten werden. Für die Bundesregierung spielt obendrein die Option auf einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat eine zentrale Rolle für die Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Im Weißbuch der Bundeswehr 2016 gibt es keine Aufarbeitung des politischen, diplomatischen und militärischen Afghanistan-Desasters. Die Afghanistanerfahrungen ein Tabuthema. Eine Bedrohungsanalyse für Deutschland, die EU oder die NATO sucht man in den Debatten vor Auslandseinsätzen vergeblich, ebenso eine ernsthafte Konfliktanalyse und daraus resultierende politische Konfliktlösungsvorschläge sowie eine Definition der einzusetzenden politischen, diplomatischen und entwicklungspolitischen Mittel.

Unter diesen Umständen müssen militärische Einsätze wie in Afghanistan scheitern wie einst die Kolonialkriege des 20. Jahrhunderts.

Kirche sollte ebenso wie andere Teile der Zivilgesellschaft bei internationalen Konflikten auf überzeugende Konfliktlösungen in jedem Einzelfall drängen. Dann dürfte es für Einsätze wie in Afghanistan keine Zustimmung mehr geben.